CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Fraktion**direkt**

43 | 25. September 2015

Zur Lage

Religionsfreiheit als Schlüssel für den Frieden

Konferenz in New York ermutigend

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion betont es seit Jahren: Die Religionsfreiheit ist ein Schlüssel für den Frieden in der Welt. In sehr vielen Regionen, wo der Glaube des anderen nicht respektiert wird und religiöser Hass das Klima bestimmt, herrschen Terror und Krieg.

In ihrem Eintreten für mehr Religionsfreiheit hat die Unions-Bundestagsfraktion nun aber Verbündete in aller Welt. Das wurde auf einem Kongress in der vergangenen Woche in New York deutlich, der im Wesentlichen auf die Initiative der Unionsfraktion zurückging und dank der großen Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung verwirklicht werden konnte. 150 Parlamentarier aus 50 Ländern kamen dort zusammen.

Am Ende stand eine Resolution, in der die Teilnehmer nochmals die Bedeutung der Religionsfreiheit hervorhoben. Das ist bereits ein Wert an sich. Denn selbstverständlich ist es nicht, dass sich Abgeordnete aus allen Teilen der Welt und der verschiedensten Konfessionen auf einen solchen Text einigen. Eindeutig war auch die Forderung, dass sich die Vereinten Nationen noch stärker mit dem Thema auseinandersetzen. Nach den New Yorker Eindrücken bin ich sicher, dass die Allianz in den nächsten Jahren noch weiter wachsen wird.

„Religiöse Intoleranz ist eine Ursache von Migration“

Die Flüchtlingsbewegung, die für uns Chancen bietet, aber auch eine große Herausforderung darstellt, ist nicht zuletzt eine Folge der religiösen Intoleranz und des Hasses im Nahen und Mittleren Osten. Für Religionsfreiheit einzutreten ist somit ein Schritt, die Ursachen der Migration zu beseitigen. Notwendig ist darüber hinaus eine politische Lösung des Syrien-Konflikts, was nicht leicht sein wird. Dazu müssen die Anstrengungen verstärkt werden. Hier ist die deutsche Außenpolitik gefordert.

Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Unerlässlich ist es zudem, die Anreize dafür zu reduzieren, dass sich die Menschen, die sich in den Flüchtlingslagern beispielsweise in Jordanien oder dem Libanon befinden, auf den Weg nach Europa machen. Die internationale Staatengemeinschaft muss hier mehr tun, um den Menschen vor Ort zu helfen. Die Kinder müssen in den Lagern Schulen besuchen können. Ihren Eltern muss eine Arbeitsperspektive eröffnet werden.

Die Bundesregierung hat in dieser Woche erste Erfolge in ihrem Bemühen erreicht, die Flüchtlinge besser in Europa zu verteilen. In Deutschland werden wir bis Mitte Oktober ein Gesetzespaket verabschieden, das Bund, Ländern und Kommunen die Bewältigung der Flüchtlingsbewegung erleichtern wird. Auf allen Ebenen ist viel Arbeit zu leisten.

Inhalt

Religionsfreiheit als Schlüssel für den Frieden 1

Bundeswehr gegen Schlepper 2

„Bewährungsprobe für Europa“ 3

Pflege im Minutentakt wird abgeschafft 5

„Wir werden noch stärker“ 6

Die Globalisierung gestalten 7

„Selbstverortung der Bundeswehr“ 8

Letzte Seite 9

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundeswehr gegen Schlepper

Netzwerke bekämpfen – Menschenleben retten

Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In den vergangenen Wochen haben vor allem die Flüchtlingsströme, die uns auf dem Landweg über die sogenannte Balkanroute erreicht haben, die öffentliche Wahrnehmung dominiert. Doch gleichzeitig versuchen täglich zahlreiche Menschen aus afrikanischen Ländern, Europa über das Mittelmeer zu erreichen. Immer wieder ereignen sich Tragödien auf hoher See, über 7.000 Menschen haben bereits in der ersten Hälfte dieses Jahres ihr Leben gelassen. Die Schleuser zeigen sich davon unbeeindruckt und schicken für viele tausend Euro, die sie für die Überfahrten kassieren, Menschen in ihr ungewisses Schicksal. Die Europäische Union hat deshalb bereits im Mai dieses Jahres die Operation EUNAVFOR MED (European Naval Forces Mediterranean) eingerichtet, um gegen diese Schleuserkriminalität vorzugehen. Die Schiffe werden im Seegebiet zwischen der italienischen und libyschen Küste, außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer, eingesetzt.

Auch die Bundeswehr ist an dieser Mission beteiligt, die in den vergangenen Monaten neben der unverhandelbaren Seenotrettung das Ziel hatte, die Netzwerke der Schleuser aufzudecken, um jetzt in einer zweiten Phase aktiv diese kriminellen Strukturen bekämpfen zu können. Dafür braucht die Bundeswehr nun auch ein Mandat des Bundestags. Wir als Union unterstützen EUNAVFOR MED ausdrücklich, denn es gilt, das Leben vieler Menschen zu schützen.

Gleichzeitig wissen wir, dass es mindestens genauso wichtig ist, die Ursachen für die Flüchtlingsströme vor Ort zu bekämpfen. Viele derer, die sich auf den ungewissen Weg über das Mittelmeer begeben, haben in Europa keinen Anspruch auf Asyl. Sie sind Wirtschaftsflüchtlinge, die auf der Suche nach einem besseren Leben in Europa sind. Wir legen den Schleusern ihr Handwerk, wenn wir bereits auf dem afrikanischen Kontinent Asylanträge annehmen. Dafür ist die Einrichtung eines sogenannten Hotspots zum Beispiel in Niger dringend erforderlich. Jene, die Asyl suchen und schon vor Ort abgelehnt werden, können ihr Geld besser in ihrer Heimat investieren, als es menschenverachtenden Schleppern zu geben.

Gleichermaßen müssen wir uns darum bemühen, in Libyen stabile politische Strukturen zu fördern. Seit dem Sturz Gaddafis ist der nordafrikanische Staat mit seinem langen Küstenstreifen in weiten Teilen das Einfallstor für Flüchtlinge. Die Schleuser sind dort hoch aktiv. Da die Schiffe von EUNAVFOR MED nicht in libysche Hoheitsgewässer vordringen und somit auch nicht das Ablegen der Flüchtlingsboote verhindern können, ist dort eine staatliche Ordnung und eine Regierung, die mit Europa zusammen die Schleuserkriminalität unterbindet, unverzichtbar. Es ist richtig, dass wir dem Treiben der Schleuser nicht untätig zusehen. Aber da wir bisher nur auf hoher See eingreifen können, wenn unter Umständen die Boote schon gekentert und Menschenleben in Gefahr sind, wollen wir in der Union schnellstmöglich politische Alternativen umsetzen.

„Bewährungsprobe für Europa“

Merkel gibt Regierungserklärung zur Flüchtlingskrise ab – Mehr Mittel für das Welternährungsprogramm beschlossen

Foto: Tobias Koch

Bundeskanzlerin gibt Regierungserklärung zu EU-Gipfel ab

Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht in der Flüchtlingskrise eine Bewährungsprobe für Europa. In einer Regierungserklärung vor dem Bundestag berichtete Merkel über die Beschlüsse des EU-Gipfels zur Bewältigung dieser Krise, darunter finanzielle Hilfen für das Welternährungsprogramm und Bemühungen zur Sicherung der EU-Außengrenzen. Mit Blick auf die Situation in Deutschland forderte sie eine Beschleunigung der Asylverfahren für diejenigen Flüchtlinge, die Aussicht auf ein Bleiberecht haben, und eine zügige Rückführung derjenigen, die nicht bleiben können.

Europa sei eine Werteunion, eine Rechts- und Verantwortungsgemeinschaft, sagte Merkel am Donnerstag vor dem Bundestag. Diesem Anspruch müsse es auch im Angesicht der Flüchtlingskrise gerecht werden. „Ich möchte, dass Europa diese Bewährungsprobe besteht“, erklärte die Kanzlerin. Unter anderem hatten sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel am Mittwochabend in Brüssel darauf geeinigt, eine Milliarde Euro für UN-Institutionen, insbesondere das Welternährungsprogramm, bereitzustellen, damit die Flüchtlinge – hauptsächlich aus Syrien – in den Auffanglagern der Region besser versorgt werden können.

Geplant sind außerdem der Aufbau von sogenannten Hotspots in Italien, Griechenland und gegebenenfalls auch Bulgarien bis Ende November, damit dort ankommende Flüchtlinge besser registriert und identifiziert werden können. Der Bundeskanzlerin zufolge sollen die Flüchtlinge mit Bleibeanspruch von dort aus auf EU-Länder verteilt werden, Flüchtlinge ohne Bleiberecht jedoch zurückgeführt werden können. Zur besseren Sicherung der EU-Außengrenzen will die Europäische Union Gespräche mit dem Nachbarland Türkei führen, von wo aus viele Flüchtlinge – größtenteils mit Hilfe von Schleppern – die Überfahrt nach Griechenland wagen.

Europa braucht ein Verteilsystem

Noch nicht verständigt haben sich die EU-Staaten auf ein festes Quotensystem zur Verteilung von Flüchtlingen. Die EU-Innenminister hatten am Dienstagabend lediglich die Weiterleitung von 120.000 Flüchtlingen, die in Griechenland und Italien gestrandet sind, in andere EU-Staaten beschlossen. Merkel bezeichnete dies als ersten Schritt, betonte jedoch: „Europa braucht ein dauerhaftes Verfahren für die faire Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedstaaten.“ Dies könne aber nur funktionieren, wenn man die EU-Außengrenzen konsequent kontrolliere und einreisende Flüchtlinge auch registriere.

Der CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder sprach von richtigen Schritten auf europäischer Ebene. Gemessen an der Größe der Aufgabe sei das, was erreicht wurde, jedoch noch nicht genug. „Die Menschen dürfen nicht den Eindruck haben, in kleinen Dingen sei Europa groß, in großen Dingen sei

Europa jedoch klein“, sagte er. Insbesondere forderte er, die Flüchtlingseinrichtungen in der Region um Syrien herum besser zu versorgen. Gelinge das nicht, machten sich die Menschen nach dem nächsten Winter wieder auf den gefährlichen Weg nach Europa. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt nannte es ein Gebot der Klugheit, alles zu tun, damit die Menschen, die vor dem Bürgerkrieg fliehen, nahe ihrer Heimat, in ihrem Kulturkreis bleiben könnten: „Nicht alle Probleme dieser Welt werden wir auf deutschem Boden lösen können.“

Bereitschaft zur Integration gefordert

Kauder versicherte den Bürgern, dass die Politik alles tun werde, um diese größte Herausforderung im Nachkriegsdeutschland zu bewältigen. Dazu gehöre, die Kommunen mit den nötigen Finanzmitteln auszustatten. Man dürfe aber auch keine zusätzlichen Anreize dafür schaffen, dass noch mehr Flüchtlinge sich auf den Weg nach Deutschland machten. Und die Leistungen für anerkannte Asylbewerber müssten niedriger ausfallen als für diejenigen, die übermorgen wieder zurück müssten.

Mit Blick auf die Asylverfahren in Deutschland forderte Merkel einerseits eine schnelle Integration der anerkannten Asylbewerber, andererseits eine konsequente Rückführung der abgelehnten. Von denjenigen, die dauerhaft im Land bleiben, verlangte sie Bereitschaft zur Integration: „Von ihnen erwarten wir, die Regeln und Werte zu respektieren, die unsere Verfassung vorgibt, sowie die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen und zu beherrschen.“

Armut bekämpfen – Fluchtursachen beseitigen

Die Bekämpfung der Fluchtursachen ist laut Merkel eine nationale, eine europäische und eine globale Aufgabe. Dazu könne auch die Agenda 2030 dienen, die am Wochenende auf dem UN-Nachhaltigkeitsgipfel in New York beschlossen werden soll, sagte sie. Zu den Zielen der Agenda gehören die Beseitigung von Armut und sozialer Ungleichheit, der Schutz der Umwelt und die Stärkung der Menschenrechte.

Kauder betonte, wenn man Stabilität auf der Welt anstrebe, müsse man auch den Blick auf Länder richten, in denen sich die staatliche Autorität auflöse. Die Menschen flöhen nicht nur vor Armut und Wassernot, sondern auch vor Terrorgruppen, die sich dort ausbreiteten, wo es keine ordnende staatliche Kraft mehr gebe.

Foto: Tobias Koch

Merkel und Kauder am Rande des Plenums

EU-Mission im Mittelmeer geht in zweite Phase

Seit Mai beteiligt sich die Bundeswehr im Rahmen einer EU-Mission im Mittelmeer zur Rettung von Flüchtlingen aus Seenot. Nun geht die Mission mit dem sperrigen Namen EUNAVFOR MED in die zweite Phase. In internationalen Gewässern zwischen Libyen und Italien sollen Schiffe von Schleusern gesucht, aufgebracht und beschlagnahmt werden. Die Bundeswehr soll sich an dieser Mission mit bis zu 950 Soldaten beteiligen. Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung über den Bundeswehreinsatz.

In der ersten Phase seit Mai stellte die Bundeswehr zwei von vier Schiffen und rund 300 Soldaten für die Seenotrettung. Dabei rettete sie bislang rund 8.030 Flüchtlinge. Damit sich die Flüchtlinge gar nicht erst auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer aufmachen, soll nun den Schleppern das Handwerk gelegt werden. Denn diese bringen die Menschen gegen horrende Summen und oft unter lebensgefährlichen Umständen nach Europa. In der dritten Phase sollen alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, die Boote und Einrichtungen der Schlepper zu beseitigen und zerstören.

Nach EU-Überlegungen soll die Mission dann auch auf die libyschen Hoheitsgewässer ausgedehnt werden. Dazu bräuchte sie allerdings die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates oder der libyschen Regierung. Libyen hat derzeit aber keine handlungsfähige Regierung.

Pflege im Minutentakt wird abgeschafft

Maria Michalk über die zweite Stufe der Pflegereform – Verbesserungen für Demenzkranke

Foto: Laurence Chaperon

Maria Michalk
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zum 1. Januar diesen Jahres sind die Leistungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte bereits verbessert worden. Auch ein Vorsorgefonds für die Zeit, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in das typische Pflegealter kommen, wurde angelegt. Nun packt die Koalition weitere Reformen an. Über das sogenannte Pflegestärkungsgesetz II, das am Freitag in erster Lesung im Bundestag beraten wurde, sprach „Fraktion direkt“ mit der gesundheitspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Maria Michalk.

Frau Michalk, die große Koalition hat sich die größte Reform der Pflegeversicherung seit deren Einführung vor 20 Jahren vorgenommen. Was sind die wichtigsten Neuerungen?

Michalk: Die wichtigste Auswirkung ist ohne Frage, dass in Zukunft alle Einschränkungen, egal ob körperlicher, geistiger oder psychischer Natur, gleichermaßen erfasst werden und Einfluss auf die Pflegeeinstufung haben werden. Auf diese Weise setzen wir den seit langem geforderten neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff um.

Unter anderem schaffen wir die sogenannte „Minutenpflege“ ab. Denn künftig wird nicht mehr der Zeitaufwand, sondern die Beeinträchtigung der Selbstständigkeit zum Maßstab genommen. Wir verbessern auch die Information und Beratung im Bereich der Pflegeversicherung deutlich, denn wir haben festgestellt, dass nach wie vor vielen Menschen nicht klar ist, welchen Anspruch sie oder ihre Angehörigen im Fall einer Pflegebedürftigkeit haben. Und wir stärken die Rechte pflegender Angehöriger, indem wir eine weitere Verbesserung der rentenversicherungsrechtlichen Absicherung schaffen.

> *„Niemand wird schlechter gestellt“*

Wer profitiert hauptsächlich von den Änderungen?

Michalk: Es profitieren besonders die, die im heutigen Pflegesystem nicht sachgerecht eingestuft werden können, da hauptsächlich körperliche Beeinträchtigungen berücksichtigt werden. Hierzu zählen insbesondere die Demenzkranken. Damit haben in Zukunft mehr Personen Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung.

Gleichzeitig werden die Leistungen aber auch für alle besser, denn der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff sieht eine moderne, pflegefachlich fundierte Grundlage vor. Diese umzusetzen wird sich sowohl in den Leistungsinhalten als auch in der Personalausstattung widerspiegeln.

Was ist mit denjenigen, die bereits eine Pflegestufe haben?

Michalk: Jeder, der heute bereits eine Pflegestufe hat, wird automatisch in das neue System mit den sogenannten Pflegegraden übergeleitet. Und das, ohne einen Neuantrag stellen zu müssen. Gleichzeitig wird gewährleistet, dass niemand schlechter gestellt wird. Im Gegenteil, viele werden durch die Überleitung sogar sofort bessergestellt.

Was kostet die Reform, und wie wird sie finanziert?

Michalk: Mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs zum 1. Januar 2017 wird der Beitragssatz der Pflegeversicherung um 0,2 Punkte angehoben, was Mehreinnahmen von rund 2,5 Milliarden Euro entspricht. Bereits zum 1. Januar 2015 haben wir mit dem Pflegestärkungsgesetz I den Beitragssatz um 0,3 Beitragssatzpunkte angehoben. Auf dieser Grundlage kann nach derzeitigen Berechnungen der Beitragssatz bis zum Jahr 2022 stabil gehalten werden.

Stichwort: Pflege

Die Pflegeversicherung wurde 1995 eingeführt. Sie war notwendig geworden, weil unsere Gesellschaft immer älter wird und damit der Anteil der Pflegebedürftigen steigt. Derzeit nehmen rund 2,6 Millionen Menschen jeden Monat Leistungen der Pflegeversicherung in Anspruch. 1,8 Millionen Menschen von ihnen erhalten ambulante Leistungen; stationär gepflegt werden rund 0,8 Millionen.
Nach Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung wird in Deutschland die Anzahl älterer Personen (66 Jahre und älter) von 2008 bis zum Jahr 2050 um 6,3 Millionen Menschen auf 23,0 Millionen steigen. Ein heute sieben Jahre altes Mädchen hat gute Chancen, das 22. Jahrhundert zu erleben. Diese positive Entwicklung hat jedoch auch ihre Kehrseite. Ab dem 80. Lebensjahr steigt die statistische Wahrscheinlichkeit, auf fremde Hilfe angewiesen zu sein, rapide an – auf 30,7 Prozent. Bis 2030 könnte die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland schon bei 3,5 Millionen liegen.

„Wir werden noch stärker“

Internationale Allianz für Religionsfreiheit traf sich in New York – 150 Parlamentarier aus 48 Ländern

Foto: Ulrich Scharlack

Volker Kauder zusammen mit Teilnehmern aus aller Welt bei der Konferenz in New York

Es war ein wichtiger Schritt im Kampf für eine stärkere Achtung der Religionsfreiheit in der Welt. Auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion trafen sich vom 17. bis 19. September über 150 Parlamentarier aus rund 50 Ländern zu einer ersten großen Konferenz in New York. Für den Unionsfraktionsvorsitzenden Volker Kauder und die weiteren, aus Berlin angereisten Abgeordneten von CDU und CSU war das Treffen ein voller Erfolg. Schon im kommenden Jahr soll es eine Fortsetzung geben.

Die Diskussionen innerhalb und außerhalb des Saals machten Hoffnung. Schon zu Beginn am Donnerstag hatte Kauder betont, dass für einen Christen alle Menschen Ebenbild Gottes seien. Und damit seien buchstäblich alle gemeint – nicht nur Christen, sondern auch Muslime, Juden oder Anhänger anderer Religionen. Mithin, so schlussfolgerte der Fraktionschef, sei Toleranz gegenüber allen Religionen geboten.

Kauder ist als Verfechter der Religionsfreiheit bekannt. Auch von seinen Mitstreitern in der interreligiösen Allianz, die im vergangenen Jahr in Oslo gegründet worden war, konnte ein solches Bekenntnis erwartet werden. Überraschend war dann aber doch, dass ein aus dem Iran angereister Ajatollah sich am Freitag praktisch genauso äußerte. „Es ist Gott, der die Unterschiede bestimmt zwischen Glauben und Nicht-Glauben“, wurde der Geistliche in dem Tagungshotel vis-à-vis des UN-Hauptquartiers vernommen. Keine Gruppe sollte sich als überlegen betrachten und behaupten, nur ihre Mitglieder seien Kinder Gottes.

„Engagement für Flüchtlinge findet breite Anerkennung“

Es wäre schön, wenn sich diese Einsicht überall auf der Welt durchsetzen könnte. Die Teilnehmer aus vier Kontinenten – nur Australien war nicht vertreten – beschlossen eine Erklärung, in der genau das verlangt wurde. Sie forderten auch die Vereinten Nationen auf, die Verteidigung der Religionsfreiheit noch stärker in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. Mehrfach hoben Redner hervor, dass die Missachtung der Religionsfreiheit Ursache für zahlreiche Kriege und Konflikte auf dieser Welt sei.

Intoleranz ist Ursache für Kriege und Konflikte

Die mitgereisten Unionsabgeordneten waren von der Veranstaltung angetan. „Ich bin beeindruckt von der Konferenz, weil ersichtlich wird, dass das Thema Religionsfreiheit viele Parlamentarier international bewegt“, sagte Karl Schiewerling stellvertretend für alle anderen. „Es wird deutlich, dass Deutschland auch in dieser Frage Vorreiter ist.“ Betroffen mache ihn, dass Parlamentarier aus anderen Ländern aus ihren Funktionen gedrängt würden, weil sie einer ethnischen Minderheit oder Religionsgemeinschaft angehörten, sagte Schiewerling. „Ich bin überrascht, dass die Bereitschaft Deutschlands, so viele Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak aufzunehmen, eine so breite Anerkennung findet. Ich kann den Kampf für Religionsfreiheit und unser Engagement für die Flüchtlinge nicht voneinander trennen.“ Beides sei eine Nagelprobe für eine Politik aus dem Geist des christlichen Menschenbildes.

Die Globalisierung gestalten

Mehr als 500 Teilnehmer beim Fraktionskongress „Ja zu TTIP!“ – Merkel: „Unsere Standards stehen nicht zur Disposition“

Seit 2013 verhandeln die Europäische Union und die USA über ein transatlantisches Freihandelsabkommen – kurz TTIP. Während die Verhandlungen in die Schlussrunde gehen, versuchen Kritiker, Stimmung dagegen zu machen. Die CDU/CSU-Fraktion veranstaltete am Montag einen Kongress in Berlin, auf dem sie hingegen die Chancen eines solchen Abkommens in den Vordergrund rückte. Der Kongress unter dem Motto „Ja zu TTIP! Chancen nutzen, Interessen wahren, Zukunft gestalten“ stieß auf großes Interesse: Mehr als 500 Gäste nahmen daran teil.

Foto: Steven Rösler

Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Kongress der Unionsfraktion „Ja zu TTIP!“

Bundeskanzlerin Angela Merkel bekannte sich klar zu TTIP und formulierte als Ziel ein „gutes, faires und gleichzeitig ehrgeiziges Abkommen“. Sie zeigte sich überzeugt, dass die Chancen die Risiken bei weitem überwiegen. Mit TTIP könnten gleichzeitig Maßstäbe für weitere Freihandelsabkommen gesetzt werden. An die Kritiker des Abkommens gerichtet stellte Merkel klar: „Unsere Standards stehen nicht zur Disposition.“ Staaten könnten weiterhin Gesetze beispielsweise zum Verbraucher- oder Arbeitsschutz beschließen. Weder die Filmförderung noch die Buchpreisbindung seien in Gefahr. Auch die öffentliche Daseinsvorsorge, die Arbeitnehmerrechte und die hohen Standards bei Lebensmittelrechten stünden nicht zur Disposition.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Leiter der Arbeitsgruppe TTIP der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Fuchs, hob die Bedeutung niedriger Zölle und die Verringerung der Vorschriften für kleine und mittelständische Unternehmen hervor. Er machte aber auch deutlich: „Investitionsschutz muss Teil des TTIP-Abkommens sein; er nutzt nicht zuletzt deutschen Unternehmen gegen Enteignung und Ausländerdiskriminierung.“

Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder und die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt hoben einstimmig die hohe Bedeutung des geplanten Freihandelsabkommens für die EU und Deutschland hervor. „Wohlstand muss jeden Tag neu verdient werden“, betonte Volker Kauder. Er sprach sich für einen zügigen Abschluss der Verhandlungen aus. Gerda Hasselfeldt zeigte sich überzeugt, dass die Antwort auf die zunehmende Globalisierung nicht Abschottung und Rückzug sein könne.

„Virtuelle Mauern einreißen“

In einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion hob Anthony L. Gardner, der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika bei der EU, die politische Bedeutung von TTIP hervor. TTIP sei „nicht nur ein wirtschaftliches Thema, sondern ein politisches“. Vor der Globalisierung könne man nicht weglaufen: „Wir formen sie, oder wir werden geformt.“ In diesem Sinne argumentierte auch Rupert Schlegelmilch, Direktor bei der Europäischen Kommission: „Die Globalisierung ist sowieso schon weiter fortgeschritten als die Regeln, die wir aufstellen.“ Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), wies insbesondere auf die Vorteile für die rund 1.200 deutschen „Hidden Champions“ hin, die größtenteils mittelständische Unternehmen seien. Ein rascher Abschluss von TTIP sei auch vor dem Hintergrund des zuletzt geschrumpften Welthandelsvolumens notwendig.

TTIP sei „das wichtigste transatlantische Projekt aus deutscher Sicht“, sagte Peter Beyer, Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für die transatlantischen Beziehungen. Es gelte, die „virtuellen Mauern“ beiderseits des Atlantiks einzureißen und Barrieren abzubauen. Jürgen Hardt, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und Koordinator für die Transatlantische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, zeigte sich zuversichtlich, dass sich auch andere Länder an den Regeln von TTIP orientieren würden.

Nach Ansicht von Joachim Pfeiffer, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, wird die TTIP-Diskussion gegenwärtig zu emotional und irrational geführt. Auf die Globalisierung müsse man aber sachliche Antworten finden.

„Selbstverortung der Bundeswehr“

Verteidigungsministerium erarbeitet neues Weißbuch – Unionsfraktion diskutiert über Facetten der Verantwortung

Foto: Steven Rösler

Verteidigungsministerin von der Leyen beim Fachgespräch zum neuen Weißbuch

Der Konflikt in der Ostukraine, der Bürgerkrieg in Syrien, die Ausbreitung des islamistischen Terrors – die Welt steht vor Herausforderungen ungeahnter Art. Da das sicherheitspolitische Grundlagendokument der Bundeswehr jedoch noch aus dem Jahr 2006 stammt, arbeitet das Verteidigungsministerium nun an einem neuen sogenannten Weißbuch. In einem Fachgespräch am Mittwoch hat sich die CDU/CSU-Fraktion in diesen Prozess eingebracht.

„Es gibt mehr als genügend Gründe für eine Neupositionierung“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Franz Josef Jung und verwies auf weitere Herausforderungen wie das Phänomen der hybriden Kriegsführung und die Cybersicherheit. Der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion, Henning Otte, begründete das Fachgespräch mit den Worten, man wolle „parlamentarische Akzente“ setzen. Schließlich sei es der Bundestag, der darüber entscheide, ob die Bundeswehr in einen Auslandseinsatz geschickt werde. Beide sprachen sich dafür aus, das Konzept der vernetzten Sicherheit, das erstmals im Weißbuch 2006 aufgenommen wurde, fortzuschreiben.

Trendwende bei der Finanzierung angemahnt

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen sagte, man müsse auf die gewandelten Herausforderungen die richtigen Antworten finden. Das neue Weißbuch sei ein Weg der „Selbstverortung und Selbstvergewisserung“. Der Entschluss dazu sei 2014 gereift, als Russland die ukrainische Halbinsel Krim annektierte und einen hybriden Krieg im Osten der Ukraine entfesselte, als das Terrornetzwerk „Islamischer Staat“ sich in Irak und Syrien ausbreitete und als das Ebola-Virus in Afrika um sich griff. Gleichzeitig habe sich die Bundeswehr vor einer „problematischen Materiallage“ gesehen. Daher habe man sich fragen müssen, wie sich Deutschland künftig in der NATO positionieren, wie viel Verantwortung es in der Welt tragen wolle und welche Fähigkeiten es dafür brauche. Bei der Finanzierung der Bundeswehr forderte von der Leyen nach dem jahrelangen Schrumpfungsprozess nun „eine Trendwende“.

Die gewandelte Sicherheitslage beschrieb der Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Karl-Heinz Kamp, mit provokanten Thesen. So sei das Jahr 2014 ein Wendepunkt gewesen, in seinen Auswirkungen vergleichbar mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Russland sei zu einer neoimperialen Politik zurückgekehrt und eigne sich nur noch partiell als Partner. Im Nahen Osten erlebe man eine dauerhafte Erosion der Staatlichkeit. Und schließlich erodiere die westliche Weltordnung, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut worden sei. Als Konsequenz daraus müsse sich das transatlantische Bündnis unter anderem auf die gegenseitige Beistandspflicht zurückbesinnen. Bei bestimmten Konflikten, etwa Syrien, werde sich die Weltgemeinschaft mehr mit den Folgen beschäftigen müssen, statt die Ursachen bekämpfen zu können. Und manchmal könne verantwortliches Handeln auch Nichthandeln sein.

„Strategische Geduld erforderlich“

Ähnlich sah dies Markus Kaim von der Stiftung Wissenschaft und Politik. So sei bei vielen Konflikten „strategische Geduld erforderlich“. Auch aus der Sicht der Kirchen ist die Möglichkeit einzugreifen begrenzt. Der evangelische Militärbischof Sigurd Rink verwies auf Martin Luther, der nur einen Verteidigungskrieg für gerechtfertigt hielt. Gleichzeitig sehe die christliche Friedensethik jedoch auch eine Verantwortung zum Schutz bedrohter Völker vor. Der Befehlshaber des Allied Joint Force Command Brunssum, General Hans-Lothar Domröse, forderte mit Blick auf das Baltikum und Polen Verlässlichkeit der NATO. „Entweder wir helfen körperlich oder wir rüsten sie auf“, damit die baltischen Mitgliedstaaten vor Russland geschützt seien.

Bevölkerungsschub durch Zuwanderung

81,2 Millionen Einwohner 2014

Die Bevölkerungszahl Deutschlands ist 2014 um 430.000 Personen oder 0,5 Prozent gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, hatte Deutschland am Jahresende 81,2 Millionen Einwohner. Hauptursache für den Anstieg war – wie auch in den vergangenen Jahren – die hohe Zuwanderung von netto 550.000 Personen.

Dies ist der höchste Bevölkerungszuwachs seit 1992, der damals mit 700.000 Personen aber noch deutlich höher lag. 2013 hatte es einen Anstieg von 244.000 Personen oder 0,3 Prozent gegeben.

Ende vergangenen Jahres lebten 7,5 Millionen ausländische Staatsbürger in Deutschland, also sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Der Ausländeranteil erhöhte sich von 8,7 Prozent im Jahr 2013 auf 9,3 im Jahr 2014.

Geburtendefizit reduziert

Die Entwicklung der Bevölkerung ergibt sich zum einen aus den Geburten und Sterbefällen, zum anderen aus den Zu- und Fortzügen. 2014 starben 153.000 Personen mehr als geboren wurden. Das Geburtendefizit hat sich aber gegenüber dem Vorjahr reduziert.

In fast allen Bundesländern mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt, Thüringen und dem Saarland nahm die Bevölkerungszahl zu. Die größten Bevölkerungszuwächse gab es in den bevölkerungsreichsten Ländern Bayern (87.000 Personen), Baden-Württemberg (85.000) und Nordrhein-Westfalen (66.000).

Foto: Ansgar Heveling

Ansgar Heveling

Foto: Thomas Auerbach

Michael Hennrich

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducsu.de/veranstaltungen

13.-15. Dezember 2015 Parteitag der CDU Deutschland
16. Dezember 2015 Vorweihnachtliche Feier der CDU/CSU-Fraktion

Heveling neuer Vorsitzender des Innenausschusses

Ansgar Heveling ist neuer Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses. Der 43-jährige Rechtsanwalt aus dem Wahlkreis Krefeld I – Neuss II in Nordrhein-Westfalen tritt damit die Nachfolge von Wolfgang Bosbach an, der das Amt aus freien Stücken niedergelegt hatte. In der CDU/CSU-Fraktion war Heveling zuvor mit 97,3 Prozent der Stimmen nominiert worden.

Heveling ist seit 2009 Mitglied im Deutschen Bundestag und war zuvor Obmann im Ausschuss für Kultur und Medien sowie Mitglied im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

Neuer Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Gesundheitsausschuss ist Michael Hennrich. Der 50-jährige Rechtsanwalt wurde von der Fraktion mit 98,2 Prozent der Stimmen gewählt. Der Abgeordnete aus dem Wahlkreis Nürtingen-Kirchheim-Filder sitzt seit 2002 im Deutschen Bundestag.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducsu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducsu.de/fd

www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion

www.youtube.com/cducsu

twitter.com/cducsubt